

REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau
Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50
regierungsrat@ag.ch
www.ag.ch/regierungsrat

Per E-Mail

Bundesamt für Zoll und
Grenzsicherheit
zentrale-psva@bazg.admin.ch

11. September 2024

Totalrevision der Verordnung des EFD über die Entschädigung der kantonalen Behörden für ihren Aufwand im Zusammenhang mit der Erhebung der Schwerverkehrsabgabe; Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 14. August 2024 wurden die Kantone eingeladen, zur unterbreiteten Totalrevision der Verordnung des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD) über die Entschädigung der kantonalen Behörden für ihren Aufwand im Zusammenhang mit der Erhebung der Schwerverkehrsabgabe Stellung zu nehmen.

Der Regierungsrat des Kantons Aargau bedankt sich für diese Gelegenheit und teilt Ihnen mit, dass er der Teilrevision zustimmend gegenübersteht. Wie im erläuternden Bericht dargelegt wird, entspricht die neu definierte Entschädigung dem Vorschlag der von der Vereinigung der Strassenverkehrsämter (asa) eingesetzte Arbeitsgruppe. Das Strassenverkehrsamt des Kantons Aargau sprach sich bereits damals für diesen Vorschlag aus. Auch die weiteren Anpassungen sind gut begründet und die Erläuterungen dazu nachvollziehbar.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats



Dr. Markus Dieth
Landammann



Joana Filippi
Staatschreiberin



Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 93 11
info@rk.ai.ch
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Per E-Mail an
zentrale-psva@bazg.admin.ch

Appenzell, 7. November 2024

Totalrevision der Verordnung des EFD über die Entschädigung der kantonalen Behörden für ihren Aufwand im Zusammenhang mit der Erhebung der Schwerverkehrsabgabe Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

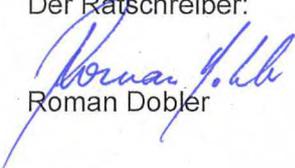
Mit Schreiben vom 14. August 2024 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Totalrevision der Verordnung des EFD über die Entschädigung der kantonalen Behörden für ihren Aufwand im Zusammenhang mit der Erhebung der Schwerverkehrsabgabe zukommen lassen.

Die Standeskommission hat die Unterlagen geprüft. Sie ist mit den Änderungen einverstanden.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission

Der Ratschreiber:


Roman Dobler

Zur Kenntnis an:

- Justiz-, Polizei- und Militärdepartement Appenzell I.Rh., Marktgasse 10d, 9050 Appenzell
- Ständerat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell
- Nationalrat Thomas Rechsteiner (thomas.rechsteiner@parl.ch)



Regierungsrat, 9102 Herisau

Eidg. Finanzdepartement
3003 Bern

Dr. iur. Roger Nobs
Ratschreiber
Tel. +41 71 353 63 51
roger.nobs@ar.ch

Herisau, 7. November 2024

Eidg. Vernehmlassung; Totalrevision der Verordnung des EFD über die Entschädigung der kantonalen Behörden für ihren Aufwand im Zusammenhang mit der Erhebung der Schwerverkehrsabgabe; Stellungnahme des Regierungsrates von Appenzell Ausserrhoden

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 14. August 2024 wurden die Kantonsregierungen vom Eidgenössischen Finanzdepartement eingeladen, sich zur Totalrevision der Verordnung des EFD über die Entschädigung der kantonalen Behörden für ihren Aufwand im Zusammenhang mit der Erhebung der Schwerverkehrsabgabe bis 15. November 2024 vernehmen zu lassen.

Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden nimmt dazu wie folgt Stellung:

Die Anpassung der Verordnung des EFD über die Entschädigung der kantonalen Behörden für den Vollzug der Schwerverkehrsabgabe ist angezeigt, damit dem verringerten Vollzugsaufwand der Kantone und des Fürstentums Liechtenstein Rechnung getragen wird. Der Regierungsrat erachtet die revidierten Ansätze für die Entschädigungen im Vergleich zum voraussichtlichen künftigen Aufwand als angemessen. Die Vereinigung der Strassenverkehrsämter (asa) hat für die Ausarbeitung einer neuen Kostenberechnung eine breit abgestützte Arbeitsgruppe, in der auch Appenzell Ausserrhoden vertreten war, eingesetzt. Der Regierungsrat begrüsst die Vorlage, verzichtet aber auf eine ausführliche Stellungnahme.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Auftrag des Regierungsrates

Dr. iur. Roger Nobs, Ratschreiber



Regierungsrat

Postgasse 68
Postfach
3000 Bern 8
info.regierungsrat@be.ch
www.be.ch/rr

Staatskanzlei, Postfach, 3000 Bern 8

Eidgenössisches Finanzdepartement

Per E-Mail (Word und pdf-Version) an:

zentrale-psva@bazg.admin.ch

RRB Nr.:

1009/2024

6. November 2024

Direktion:

Sicherheitsdirektion

Klassifizierung:

nicht klassifiziert

**Vernehmlassung des Bundes: Totalrevision der Verordnung des EFD über die Entschädigung der kantonalen Behörden für ihren Aufwand im Zusammenhang mit der Erhebung der Schwerverkehrsabgabe
Stellungnahme des Kantons Bern**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Überstellung der Vernehmlassungsunterlagen und für die Möglichkeit zur Stellungnahme. Eine Vertretung der Sicherheitsdirektion des Kantons Bern war Mitglied der Arbeitsgruppe und hat an der vorliegenden Lösung mitgewirkt.

Wir haben keine Bemerkungen zum Geschäft.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Evi Allemann
Regierungspräsidentin

Christoph Auer
Staatsschreiber

Verteiler

- Finanzdirektion

Regierungsrat, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD,
Bern

zentrale-psva@bazg.admin.ch

Liestal, 22. Oktober 2024

Vernehmlassung betreffend Totalrevision der Verordnung des EFD über die Entschädigung der kantonalen Behörden für ihren Aufwand im Zusammenhang mit der Erhebung der Schwerverkehrsabgabe

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Besten Dank für die Gelegenheit zur Meinungsäusserung. Wir sind mit der Totalrevision der Verordnung des EFD über die Entschädigung der kantonalen Behörden für ihren Aufwand im Zusammenhang mit der Erhebung der Schwerverkehrsabgabe einverstanden.

Hochachtungsvoll



Isaac Reber
Regierungspräsident



Elisabeth Heer Dietrich
Landschreiberin



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 85 62
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

Eidgenössische Finanzdepartement EFD

Per E-Mail an:
zentrale-psva@bazg.admin.ch

Basel, 5. November 2024

Regierungsratsbeschluss vom 5. November 2024

Vernehmlassung zur Totalrevision der Verordnung des EFD über die Entschädigung der kantonalen Behörden für ihren Aufwand im Zusammenhang mit der Erhebung der Schwerverkehrsabgabe: Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 14. August 2024 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Totalrevision der Verordnung des EFD über die Entschädigung der kantonalen Behörden für ihren Aufwand im Zusammenhang mit der Erhebung der Schwerverkehrsabgabe zukommen lassen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Der Regierungsrat unterstützt die geplante Totalrevision in ihrer Stossrichtung. Im Kanton Basel-Stadt werden sich die Vollzugsaufgaben gemäss Vorlage voraussichtlich jedoch nicht bei der Motorfahrzeugkontrolle Basel-Stadt reduzieren, sondern bei der Motorfahrzeug-Prüfstation beider Basel; einer selbständigen öffentlich-rechtlichen Anstalt beider Kantone, die im Auftrag der beiden Trägerkantone die vom Gesetzgeber vorgesehenen amtlichen Fahrzeug- und Führerprüfungen durchführt und die dafür kostendeckende Gebühren erhebt. Die Aufgaben und der Personalaufwand für die Motorfahrzeugkontrolle Basel-Stadt bleiben durch die geplante Neuregelung voraussichtlich gleich, bei jährlichen Mindereinnahmen von geschätzten Fr. 100'000.

Es bleibt zu hoffen, dass die bis Ende 2026 vom BAZG geplante Überprüfung des gesamten Vollzugsaufwands und der Vollzugsentschädigungen dazu führen werden, dass die Vollzugsentschädigungen dergestalt nach oben angepasst werden, dass sie bei kleineren Strassenämtern – wie demjenigen des Kantons Basel-Stadt – wieder dem effektiven Aufwand entsprechen.

Freundliche Grüsse
Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

Dr. Conradin Cramer
Regierungspräsident

Marco Greiner
Vizestaatsschreiber



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Route des Arsenaux 41, 1700 Fribourg

T +41 26 305 10 40
www.fr.ch/ce

Conseil d'Etat
Route des Arsenaux 41, 1700 Fribourg

PAR COURRIEL

Département fédéral des finances DFF
Bundesgasse 3
3003 Berne

Courriel : zentrale-psva@bazg.admin.ch

Fribourg, le 5 novembre 2024

2024-981

Révision totale de l'ordonnance du DFF sur l'indemnisation des autorités cantonales pour l'exécution de la redevance sur le trafic des poids lourds – Procédure de consultation

Madame la Conseillère fédérale,

Par courrier du 14 août dernier, vous nous avez consultés sur le projet cité en titre, et nous vous en remercions.

Nous soutenons sans réserve la révision du système de perception de la redevance fédérale sur le trafic des poids lourds qui entrera en vigueur en 2026, grâce à laquelle les nouvelles solutions digitales réduiront notablement les activités des services cantonaux des automobiles dans ce domaine.

Il est dès lors justifié que l'indemnité octroyée à ceux-ci s'en trouve réduite en conséquence, ce qui est l'objet de l'ordonnance mise en consultation. En l'occurrence, la réduction de 144 000 francs de l'indemnité annuelle octroyée à l'Office fribourgeois de la circulation et de la navigation, qui passera ainsi à 216 000 francs par an, est correcte et absorbable.

En vous réitérant notre soutien au projet d'ordonnance, nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.

Au nom du Conseil d'Etat :

Jean-Pierre Siggen, Président



Danielle Gagnaux-Morel, Chancelière d'Etat

Copie

—

à la Direction de la sécurité, de la justice et du sport, pour elle et l'Office de la circulation et de la navigation ;
à la Direction des finances ;
à la Chancellerie d'Etat.



Genève, le 13 novembre 2024

Le Conseil d'Etat

4547-2024

Département fédéral des finances DFF
Madame Karin Keller-Sutter
Conseillère fédérale
Bundesgasse 3
3003 Berne

Concerne : révision totale de l'ordonnance du Département fédéral des finances sur l'indemnisation des autorités cantonales pour l'exécution de la redevance sur le trafic des poids lourds - consultation fédérale

Madame la Conseillère fédérale,

Nous vous remercions de nous avoir consultés sur le projet de révision de l'ordonnance en lien avec la redevance sur le trafic des poids lourds.

Après étude de la documentation reçue, notre Conseil vous informe qu'il est favorable au nouveau calcul de l'indemnisation des autorités cantonales pour les charges liées à la gestion des données, la perception et le recouvrement de la redevance sur le trafic des poids lourds.

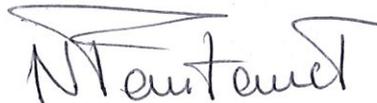
En vous souhaitant bonne réception de la présente, nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de notre haute considération.

AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :


Michèle Righetti-El Zayadi

La présidente :


Nathalie Fontanet

Copie à : zentrale-psva@bazg.admin.ch

Regierungsrat
Rathaus
8750 Glarus

Eidgenössisches Finanzdepartement
3003 Bern

Glarus, 12. November 2024
Unsere Ref: 2024-192

Vernehmlassung Verordnung des EFD über die Entschädigung der kantonalen Behörden für ihren Aufwand im Zusammenhang mit der Erhebung der Schwerverkehrsabgabe

Hochgeachtete Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Das Eidgenössische Finanzdepartement gab uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir und lassen uns gerne wie folgt vernehmen:

Der Kanton Glarus unterstützt die Änderung der Verordnung über die Entschädigung der kantonalen Behörden für ihren Aufwand im Zusammenhang mit der Erhebung der Schwerverkehrsabgabe vor dem Hintergrund der technischen Entwicklungen bei der Administrierung der Abgaben, auch wenn die Revision der Verordnung zu merklichen Mindereinnahmen bei den Kantonen führen wird.

Genehmigen Sie, hochgeachtete Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse

Für den Regierungsrat


Kaspar Becker
Landammann


Arpad Baranyi
Ratsschreiber

E-Mail an (PDF- und Word-Version): zentrale-psva@bazg.admin.ch



Sitzung vom

29. Oktober 2024

Mitgeteilt den

29. Oktober 2024

Protokoll Nr.

851/2024

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Bundesgasse 3
3003 Bern

Per E-Mail (PDF- und Word-Version) zustellen an: zentrale-psva@bazg.admin.ch

Vernehmlassung EFD - Totalrevision der Verordnung des EFD über die Entschädigung der kantonalen Behörden für ihren Aufwand im Zusammenhang mit der Erhebung der Schwerverkehrsabgabe
Stellungnahme

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 14. August 2024 erhalten die Kantone Gelegenheit, sich zu erwähntem Geschäft zu äussern. Dafür danken wir Ihnen bestens.

Die uns zugesandte Dokumentation haben wir geprüft. Die Regierung begrüsst die Totalrevision der Verordnung des EFD über die Entschädigung der kantonalen Behörden für ihren Aufwand im Zusammenhang mit der Erhebung der Schwerverkehrsabgabe. Wir haben keine weiteren Anmerkungen.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Dr. Jon Domenic Parolini

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

Hôtel du Gouvernement – 2, rue de l'Hôpital, 2800 Delémont

Hôtel du Gouvernement
2, rue de l'Hôpital
CH-2800 Delémont

t +41 32 420 51 11
f +41 32 420 72 01
chancellerie@jura.ch

Département fédéral des finances DFF
Madame la Conseillère fédérale
Karin Keller-Sutter
Bundesgasse 4
3003 Berne

Delémont, le 24 septembre 2024

Consultation concernant la révision totale de l'ordonnance du DFF sur l'indemnisation des autorités cantonales pour l'exécution de la redevance sur le trafic des poids lourds

Madame la Conseillère fédérale,

Le Gouvernement jurassien a été invité par votre Département à se prononcer au sujet de la procédure de consultation mentionnée en objet et il vous en remercie.

Il vous informe qu'il approuve le projet de modification de l'ordonnance du DFF sur l'indemnisation des autorités cantonales pour l'exécution de la redevance sur le trafic des poids lourds.

Le Gouvernement jurassien vous prie de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de sa haute considération.

AU NOM DU GOUVERNEMENT DE LA
RÉPUBLIQUE ET CANTON DU JURA



Rosalie Béuret Siess
Présidente



Jean-Baptiste Maître
Chancelier d'État

Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Bahnhofstrasse 15
Postfach 3768
6002 Luzern
Telefon 041 228 51 55
buwd@lu.ch
www.lu.ch

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD

Per E-Mail:

zentrale-psva@bazg.admin.ch

Luzern, 29. Oktober 2024

Protokoll-Nr.: 1161

Totalrevision der Verordnung des EFD über die Entschädigung der kantonalen Behörden für ihren Aufwand im Zusammenhang mit der Erhebung der Schwerverkehrsabgabe; Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 14. August 2024 lädt das eidgenössische Finanzdepartement die Kantonsregierungen ein, zur Totalrevision der Verordnung des EFD über die Entschädigung der kantonalen Behörden für ihren Aufwand im Zusammenhang mit der Erhebung der Schwerverkehrsabgabe Stellung zu nehmen. Im Namen und Auftrag des Regierungsrates danke ich Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und gebe Ihnen nachfolgende Rückmeldung.

Die Vereinigung der Strassenverkehrsämter (asa) hat im Auftrag des Bundesamts für Zoll und Grenzsicherheit eine Arbeitsgruppe eingesetzt, um eine neue Kostenberechnung auszuarbeiten. Das Strassenverkehrsamt des Kantons Luzern war bei den Vorarbeiten zu dieser Verordnung involviert und konnte entsprechende Anliegen einbringen. Der Vorschlag der asa betreffend die Höhe der Entschädigung wurde vollumfänglich übernommen. Dies führt dazu, dass die Vorlage keine nennenswerten finanziellen Auswirkungen auf den Kanton Luzern hat, was wir begrüßen. Wir stimmen der Vorlage vor diesem Hintergrund zu.

Freundliche Grüsse



Fabian Peter
Regierungsrat



LE CONSEIL D'ÉTAT

DE LA RÉPUBLIQUE ET
CANTON DE NEUCHÂTEL

Par courriel : zentrale-psva@bazg.admin.ch
Département fédéral des finances (DFF)
3003 Berne

Révision totale de l'ordonnance du DFF sur l'indemnisation des autorités cantonales pour l'exécution de la redevance sur le trafic des poids lourds ; ouverture de la procédure de consultation

Madame la conseillère fédérale,
Mesdames, Messieurs,

Le Conseil d'État a pris connaissance du projet de modifications cité sous rubrique et vous remercie de lui donner la possibilité d'exprimer son avis sur les dispositions proposées.

Nous comprenons la volonté de réviser le mode de calcul de l'indemnité et, bien que nous ne remettons pas en cause le principe du nouveau calcul, il en résulte pour notre canton une diminution concrète des recettes estimée à environ CHF 90'000 dès 2026.

Après examen approfondi, le Conseil d'État ne peut accepter cette adaptation sans la mise en place d'une compensation de cette perte de recettes. Nous pensons, à titre d'exemple, à une révision à la hausse de la part cantonale de la RPLP.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à notre position, nous vous prions de croire, Madame la conseillère fédérale, Mesdames, Messieurs, à l'assurance de notre haute considération.

Neuchâtel, le 13 novembre 2024

Au nom du Conseil d'État :

La présidente,
F. NATER

La chancelière,
S. DESPLAND



NE



CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

PER E-MAIL

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Frau Bundesrätin Karin Keller-Sutter
Bundesgasse 3
3003 Bern

Telefon 041 618 79 02
staatskanzlei@nw.ch
Stans, 12. November 2024

Totalrevision der Verordnung des EFD über die Entschädigung der kantonalen Behörden für ihren Aufwand im Zusammenhang mit der Erhebung der Schwerverkehrsabgabe. Stellungnahme.

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 14. August 2024 eröffnete das Eidgenössische Finanzdepartement EFD unter anderem bei den Kantonen das Vernehmlassungsverfahren in Sachen Totalrevision der Verordnung des EFD über die Entschädigung der kantonalen Behörden für ihren Aufwand im Zusammenhang mit der Erhebung der Schwerverkehrsabgabe. Für die Möglichkeit zur Stellungnahme bedanken wir uns.

1 Stellungnahme

Der Regierungsrat des Kantons Nidwalden hat die geplante Totalrevision der Verordnung des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD) über die Entschädigung der kantonalen Behörden im Zusammenhang mit der Schwerverkehrsabgabe (LSVA) geprüft und unterstützt die vorliegenden Anpassungen vollumfänglich.

1.1 Technologische Erneuerung als Chance

Die notwendige Erneuerung der technischen Infrastruktur zur Erhebung der LSVA sowie die Einführung des LSVA III-Systems bietet nicht nur technologisch gesehen eine zukunftsorientierte Lösung, sondern auch eine wertvolle Gelegenheit, die Entschädigungsregelungen an die veränderten administrativen Anforderungen anzupassen. Der Regierungsrat von Nidwalden erkennt den Nutzen dieser technologischen Erneuerungen und begrüsst die damit einhergehende Vereinfachung der Prozesse, insbesondere die Reduktion der administrativen Belastung der kantonalen Strassenverkehrsämter.

1.2 Angemessene Anpassung der Entschädigung

Da die Einführung des neuen Systems einen wesentlichen Teil der bisherigen Aufgaben der kantonalen Behörden obsolet macht, ist eine Anpassung der Entschädigung nachvollziehbar. Die vorgeschlagene Reduktion von rund 9 Millionen Franken auf etwa 4,2 Millionen Franken ist gerechtfertigt und spiegelt den tatsächlichen Aufwand, den die kantonalen Behörden künftig

haben werden, adäquat wider. Es bleibt gewährleistet, dass wesentliche Aufgaben wie die Einteilung der Fahrzeuge in abgabepflichtige und abgabebefreite Kategorien weiterhin effizient ausgeführt werden können.

1.3 Breitere Berechnungsgrundlage für mehr Fairness

Positiv hervorzuheben ist die Erweiterung der Berechnungsgrundlage, welche neu alle Fahrzeuge über 3,5 Tonnen umfasst. Diese Anpassung ermöglicht eine gerechtere Verteilung der Entschädigung und trägt den unterschiedlichen Gegebenheiten in den Kantonen Rechnung. Besonders für kleinere Kantone wie Nidwalden, die einen mengenmässig kleineren Fahrzeugbestand verwalten, ist dies eine faire Lösung, da kleinere Strassenverkehrsämter im Verhältnis zu grösseren Kantonen anteilmässig höhere Kosten tragen. Die Einführung einer abgestuften Entschädigung – 24 Franken für die ersten 2.000 Fahrzeuge und 12 Franken für alle weiteren Fahrzeuge – wird ausdrücklich unterstützt, da sie für eine ausgewogene Kostendeckung sorgt.

1.4 Effizienzsteigerung und Kostentransparenz

Die vorgeschlagene Revision bietet eine willkommene Gelegenheit, die Entschädigungsstrukturen zu optimieren und gleichzeitig Transparenz und Effizienz in der Verwaltung zu fördern. Der Regierungsrat Nidwalden begrüsst die angestrebte Reduktion des administrativen Aufwands und die damit verbundene Kosteneinsparung, welche auch den zweckgebundenen Reinertrag der Schwerverkehrsabgabe positiv beeinflussen wird.

2 Fazit

Der Regierungsrat des Kantons Nidwalden befürwortet die Totalrevision der Verordnung ausdrücklich. Die vorgeschlagenen Änderungen sind ausgewogen und berücksichtigen sowohl die technologischen Entwicklungen als auch die Erfordernisse der Effizienzsteigerung im Vollzug der Schwerverkehrsabgabe. Wir sehen in der Revision eine zukunftsweisende Massnahme, die dazu beiträgt, die Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen weiterhin erfolgreich und kosteneffizient zu gestalten.

Der Regierungsrat Nidwalden bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme und deren Berücksichtigung.

Freundliche Grüsse
NAMENS DES REGIERUNGSRATES


Res Schmid
Landammann




lic. iur. Armin Eberli
Landschreiber

Geht an:

- zentrale-psva@bazg.admin.ch



CH-6060 Sarnen, Enetriederstrasse 1, SSD

Eidgenössisches Finanzdepartement

per Mail an:

zentrale-psva@bazg.admin.ch

Referenz/Aktenzeichen: OWSTK.5103

Unser Zeichen: ks

Sarnen, 30. Oktober 2024

Totalrevision der Verordnung des EFD über die Entschädigung der kantonalen Behörden für ihren Aufwand im Zusammenhang mit der Erhebung der Schwerverkehrsabgabe; Stellungnahme.

Sehr geehrte Frau Bundesrätin, *geschätzte Karin*

Für die Einladung zur Vernehmlassung über die Verordnung des EFD über die Entschädigung der kantonalen Behörden für ihren Aufwand im Zusammenhang mit der Erhebung der Schwerverkehrsabgabe danken wir Ihnen.

Der Kanton Obwalden verzichtet in diesem Vernehmlassungsverfahren auf eine Stellungnahme. Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse


Christoph Amstad
Regierungsrat

Kopie an:

- Kantonale Mitglieder der Bundesversammlung
- Kantonspolizei

- Verkehrssicherheitszentrum OW/NW
- Staatskanzlei



Regierung des Kantons St.Gallen, Regierungsgebäude, 9001 St.Gallen

Eidgenössisches Finanzdepartement
Bundesgasse 3
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen
Regierungsgebäude
9001 St.Gallen
T +41 58 229 89 42
info.sk@sg.ch

St.Gallen, 28. Oktober 2024

Totalrevision der Verordnung des EFD über die Entschädigung der kantonalen Behörden für ihren Aufwand im Zusammenhang mit der Erhebung der Schwerverkehrsabgabe; Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

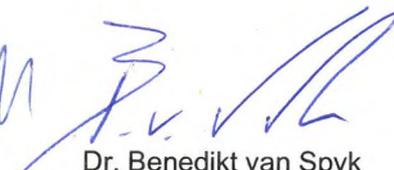
Mit Schreiben vom 14. August 2024 laden Sie uns zur Vernehmlassung zur Totalrevision der Verordnung des EFD über die Entschädigung der kantonalen Behörden für ihren Aufwand im Zusammenhang mit der Erhebung der Schwerverkehrsabgabe (SR 641.811.911) ein. Wir danken für diese Gelegenheit und nehmen gern wie folgt Stellung:

Nachdem der Aufwand der kantonalen Vollzugsbehörden im Rahmen des Projekts LSVA III geringer geworden ist, haben wir keine Einwände gegen eine angemessene Reduzierung der Entschädigung. Zu bedenken ist allerdings, dass nicht definitiv beurteilbar ist, ob die geringeren Einnahmen der tatsächlichen Entlastung entsprechen werden. Wir begrüssen deshalb, dass das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit Vollzugaufwand und -entschädigung voraussichtlich bis Ende 2026 überprüfen wird und die Vollzugsentschädigungen gegebenenfalls angepasst werden.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Im Namen der Regierung


Susanne Hartmann
Präsidentin


Dr. Benedikt van Spyk
Staatssekretär



Zustellung auch per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:
Zentrale-psva@bazg.admin.ch

Kanton Schaffhausen
Baudepartement
Beckenstube 7
CH-8200 Schaffhausen
www.sh.ch



T +41 52 632 73 67
sekretariat-bd@sh.ch

Baudepartement

Eidg. Finanzdepartement EFD

per E-Mail an:
zentrale-psva@bazg.admin.ch

Schaffhausen, 11. November 2024

Totalrevision der Verordnung über die Entschädigung der kantonalen Behörden für ihren Aufwand im Zusammenhang mit der Erhebung der Schwerverkehrsabgabe

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Keller-Sutter
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 14. August 2024 haben Sie uns zur Stellungnahme in obgenannter Angelegenheit eingeladen, wofür wir uns bedanken.

Wir sind mit der Totalrevision einverstanden und haben keine Ergänzungen anzubringen.

Freundliche Grüsse

DER DEPARTEMENTSVORSTEHER

Martin Kessler, Regierungsrat

Kopie an:
Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt

Regierungsrat

*Rathaus
Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
so.ch*

Eidgenössisches Finanzdepartement
Bundesgasse 3
3003 Bern

Per E-Mail an:
zentrale-psva@bazg.admin.ch

12. November 2024

Vernehmlassung zur Totalrevision der Verordnung des EFD über die Entschädigung der kantonalen Behörden für ihren Aufwand im Zusammenhang mit der Erhebung der Schwerverkehrsabgabe

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Brief vom 14. August 2024 stellten Sie der Kantonsregierung die Vernehmlassungsunterlagen und den erläuternden Bericht zur Totalrevision der Verordnung des EFD über die Entschädigung der kantonalen Behörden für ihren Aufwand im Zusammenhang mit der Erhebung der Schwerverkehrsabgabe zu und luden diese zur Stellungnahme ein. Gerne nutzen wir diese Möglichkeit.

Durch den Einbezug der Vereinigung der Strassenverkehrsämter (asa) in der vorbereitenden Arbeitsgruppe wurden die Anliegen der kantonalen Motorfahrzeugkontrollen und Strassenverkehrsämter bereits im Entwurf der Verordnung berücksichtigt. Der Regierungsrat ist daher mit der Totalrevision der Verordnung des EFD über die Entschädigung der kantonalen Behörden im Zusammenhang mit der Schwerverkehrsabgabe grundsätzlich einverstanden und nimmt zur Kenntnis, dass die Einnahmen der Motorfahrzeugkontrolle des Kantons Solothurn von derzeit rund 370'000 Franken auf ca. 152'000 Franken sinken werden. Diese Entschädigung vermag die Aufwände des kantonalen Amtes im Zusammenhang mit der Schwerverkehrsabgabe noch zu decken.

Wir bedanken uns für die Möglichkeit, zu der Totalrevision der Verordnung des EFD eine Stellungnahme abgeben zu können.

Freundliche Grüsse

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.
Peter Hodel
Landammann

sig.
Andreas Eng
Staatsschreiber



6431 Schwyz, Postfach 1260

per E-Mail

Eidgenössisches Finanzdepartement
3003 Bern
zentrale-psva@bazg.admin.ch

Schwyz, 29. Oktober 2024

Totalrevision der Verordnung des EFD über die Entschädigung der kantonalen Behörden für ihren Aufwand im Zusammenhang mit der Erhebung der Schwerverkehrsabgabe
Vernehmlassung des Kantons Schwyz

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 14. August 2024 hat das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) den Kantonsregierungen die Unterlagen in titelvermerkter Angelegenheit zur Vernehmlassung bis 15. November 2024 unterbreitet.

Das von der Vereinigung der Strassenverkehrsämter (asa) vorgeschlagene und vom Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit übernommene Entschädigungsmodell wird als fair erachtet und entschädigt die künftig für die Strassenverkehrsämter noch anfallenden Arbeiten angemessen. Die Totalrevision der Verordnung wird deshalb unterstützt.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und versichern Sie, Frau Bundesrätin, unserer vorzüglichen Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates:

Michael Stähli
Landammann



Dr. Mathias E. Brun
Staatsschreiber

Staatskanzlei, Regierungskanzlei, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches Finanzdepartement
Frau Karin Keller-Sutter
Bundesrätin
3003 Bern

Frauenfeld, 29. Oktober 2024
Nr. 704

Totalrevision der Verordnung des EFD über die Entschädigung der kantonalen Behörden für ihren Aufwand im Zusammenhang mit der Erhebung der Schwerverkehrsabgabe

Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit der Stellungnahme zur Totalrevision der Verordnung des EFD über die Entschädigung der kantonalen Behörden für ihren Aufwand im Zusammenhang mit der Erhebung der Schwerverkehrsabgabe (SR 641.811.911). Wir begrüßen die Vorlage vollumfänglich.

Mit freundlichen Grüssen

Der Präsident des Regierungsrates



Der Staatsschreiber



Numero
5323

fr

0

Bellinzona
6 novembre 2024

Consiglio di Stato
Piazza Governo 6
Casella postale 2170
6501 Bellinzona
telefono +41 91 814 41 11
fax +41 91 814 44 35
e-mail can@ti.ch
web www.ti.ch

Repubblica e Cantone
Ticino

Il Consiglio di Stato

Dipartimento federale delle finanze DFF

zentrale-psva@bazg.admin.ch
(word e PDF)

Procedura di consultazione concernente la revisione totale dell'ordinanza del DFF concernente il compenso alle autorità cantonali per l'esecuzione della tassa sul traffico pesante

Gentili signore, egregi signori,

abbiamo ricevuto la vostra lettera del 14 agosto 2024 in merito alla summenzionata procedura di consultazione e, ringraziando per l'opportunità che ci viene offerta di esprimere il nostro giudizio, formuliamo le seguenti osservazioni.

1. Considerazioni

Abbiamo preso atto delle ragioni per le quali viene proposta la revisione dell'ordinanza e della prevista parziale riduzione del carico di lavoro per gli uffici cantonali della circolazione grazie all'introduzione del sistema TTPCP III, come pure del fatto che anche con questo sistema gli uffici della circolazione continuano a essere competenti per la classificazione dei veicoli (esentati dalla tassa, assoggettati alla TTPCP o assoggettati alla tassa forfettaria sul traffico pesante [TFTP]), per la riscossione della tassa forfettaria per i veicoli svizzeri nonché per la procedura di ritiro delle targhe di controllo in caso di mancato pagamento delle fatture TTPCP.

Rileviamo pure che viene riconosciuto come i lavori degli uffici della circolazione sono importanti per una corretta e completa riscossione della tassa sul traffico pesante: con la classificazione dei veicoli ai fini dell'immatricolazione (genere, forma della carrozzeria, dati tecnici, indirizzo del detentore ecc.) essi pongono le basi per la riscossione senza intoppi della tassa sul traffico pesante da parte dell'UDSC. Una corretta classificazione è determinante per stabilire se un veicolo è assoggettato alla TTPCP o alla TFTP oppure se è esentato dalla tassa.

Con il messaggio del 31 agosto 2022 concernente la modifica della legge sul traffico pesante e il credito d'impegno per il finanziamento di un nuovo sistema per la riscossione della tassa sul traffico pesante commisurata alle prestazioni (FF 2022 2323), siete giunti alla conclusione che il compenso alle autorità cantonali potrebbe pertanto essere «ridotto approssimativamente di almeno la metà».

Infine, richiamate il fatto che l'Ufficio federale della dogana e della sicurezza dei confini (UDSC) ha invitato l'Associazione dei servizi della circolazione (asa) di elaborare, tenendo conto dei compiti rimanenti, una nuova modalità per il calcolo dei costi. L'asa ha costituito un gruppo di lavoro ampiamente sostenuto. Il risultato è stato presentato a marzo 2024 ai capi degli uffici della circolazione e all'UDSC.

2. Commento

In entrata ci preme evidenziare che concordiamo sul principio secondo cui le nuove tecnologie andranno a ridurre (parzialmente) l'onere lavorativo a carico dei cantoni e di conseguenza una riduzione dell'indennizzo è comprensibile e condivisa, ma non possiamo esimerci dall'evidenziare che, come richiamato sopra e da voi indicato, l'importanza dei lavori degli uffici della circolazione in relazione alla corretta e completa riscossione della tassa sul traffico pesante è legata, principalmente, alla precisione e completezza dei dati registrati.

L'attività di registrazione può essere garantita solo da un organico proporzionato e adeguato. Si concorda che il numero di veicoli è la chiave di riparto più adeguata, ma i risultati presentati nel marzo 2024 ai capi degli uffici della circolazione e all'UDSC mostrano risultati che impattano in maniera molto diversa fra i singoli cantoni. In effetti la differenza fra la riduzione minore (-11%, AI) e la maggiore (-70%, BS) è particolarmente importante e addirittura da considerarsi eccessiva. Non appare eresia affermare che si possa finanche parlare di disparità di trattamento e di un sistema particolarmente penalizzante – fra gli altri – per il Cantone Ticino.

In effetti, ad oggi, il rimborso a nostro favore relativo alla tassa sul traffico pesante si basa su questi principi:

- Si tiene conto del numero di veicoli in circolazione con targhe TI che sottostanno al pagamento della tassa (6'127 a settembre 2023)
- Per i primi 1'000 veicoli il contributo è di 130 franchi
- Per i successivi di 65 franchi
- Rimborso totale 2023 463'255 franchi

Con la nuova proposta invece:

- Si tiene in considerazione il numero di veicoli con massa totale superiore a 3'500 kg (ad oggi 11'105)
- Per i primi 2'000 il contributo è di 24 franchi
- Per i successivi 12 franchi
- Rimborso ipotetico 2026 157'260 franchi

La diminuzione del contributo rispetto al 2023 sarebbe di oltre il 66%, la tabella allegata alla consultazione conferma che per il 2025 il contributo per il TI sarebbe nella misura del 34% in proporzione ad oggi (TI considerato Cantone medio).

Il nostro Cantone sarebbe tra i più colpiti dal punto di vista finanziario, discostandosi in maniera importante dalla media svizzera (-52%).

Per quanto concerne il Cantone Ticino la variazione pari a -66% è ritenuta eccessiva dagli scriventi. Tale posizione era già stata anticipata dal Capo della Sezione della circolazione del Cantone Ticino durante la presentazione della formula avvenuta a marzo 2024, durante la quale egli ha votato contro la proposta di modifica, chiarendo che il suo no non era sul principio, ma sul risultato. Gli scriventi si associano alla contrarietà già espressa dal funzionario.

Non volendo però limitarsi a esprimere una contrarietà di principio, la Sezione della circolazione del Cantone Ticino, in accordo con gli scriventi, ha elaborato tre varianti¹ alternative alla formula proposta, senza discostarsi dal parametro del numero dei veicoli.

Di seguito il riassunto degli impatti finanziari, per il Cantone Ticino, che permetterebbero di avere una riduzione più contenuta.

Proposta ASA	Veicoli		Entrate	
	2000	Indennizzo primi 2000 veicoli ->	24	CHF 48'000.00
	9105	Indennizzo veicoli successivi ->	12	CHF 109'260.00
			Totale	CHF 157'260.00
Variante 1	2000	Indennizzo primi 2000 veicoli ->	30	CHF 60'000.00
	9105	Indennizzo veicoli successivi ->	15	CHF 136'575.00
			Totale	CHF 196'575.00
Variante 2	2000	Indennizzo primi 2000 veicoli ->	60	CHF 120'000.00
	9105	Indennizzo veicoli successivi ->	12	CHF 109'260.00
			Totale	CHF 229'260.00
Variante 3	2000	Indennizzo primi 2000 veicoli ->	24	CHF 48'000.00
	9105	Indennizzo veicoli successivi ->	20	CHF 182'100.00
			Totale	CHF 230'100.00

Gli scriventi, in accordo con il Capo della Sezione della circolazione del Cantone Ticino, sostengono la variante 1. Quest'ultima porterebbe, con il parco veicoli attuale, a un rimborso complessivo pari a 5.47 milioni di franchi, contro i 4.2 milioni di franchi generati dalla proposta ASA. Complessivamente questa variante porterebbe quindi ad una riduzione media per l'insieme dei cantoni, pari al 38%. Pur rendendosi conto che tale riduzione è inferiore all'auspicato 50%, si ritiene che ciò possa essere sostenibile, portando comunque a un importante contenimento dei costi per la Confederazione e rappresenta un impatto minore per i Cantoni.

3. Conclusioni

Si chiede che dal 2026 venga previsto un compenso di 30 franchi per i primi 2000 veicoli e di 15 franchi per tutti gli altri e dunque sia conseguentemente modificata la proposta dell'art. 3 *Ammontare del compenso*.

Sussidiariamente, qualora non venga accettata la proposta di compromesso qui suggerita, si chiede almeno che l'entrata in vigore della nuova ordinanza (o almeno della nuova formula di calcolo) sia posticipata di un anno al 1° gennaio 2027.

¹ Le formule e la tabella excel sono a disposizione su semplice richiesta a matteo.morandi@ti.ch.

Vogliate gradire, gentili signore, egregi signori, i sensi della nostra massima stima.

PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente

Christian Vitta

Il Cancelliere

Arnoldo Coduri

Copia a:

- Dipartimento delle istituzioni (di-dir@ti.ch)
- Dipartimento del territorio (dt-dir@ti.ch)
- Segreteria generale del Dipartimento delle istituzioni (di-sg.ap@ti.ch)
- Sezione della circolazione (di-sc.direzione@ti.ch)
- Deputazione ticinese alle Camere federali (can-relazioniesterne@ti.ch)
- Pubblicazione in Internet



Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Bundesgasse 3
3003 Bern

Totalrevision der Verordnung des EFD über die Entschädigung der kantonalen Behörden für ihren Aufwand im Zusammenhang mit der Erhebung der Schwerverkehrsabgabe; Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 14. August 2024 laden Sie den Regierungsrat des Kantons Uri ein, zur Totalrevision der Verordnung des EFD über die Entschädigung der kantonalen Behörden für ihren Aufwand im Zusammenhang mit der Erhebung der Schwerverkehrsabgabe Stellung zu nehmen.

Der Regierungsrat ist mit dem vorgeschlagenen Entschädigungsmodell einverstanden und verzichtet auf eine einlässliche Vernehmlassung.

Sehr geehrte Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren, wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Altdorf, 12. November 2024



Im Namen des Regierungsrats
Der Landammann
Der Kanzleidirektor
Christian Arnold
Roman Balli

CONSEIL D'ETAT

Château cantonal
1014 Lausanne

Madame la Conseillère fédérale
Karin Keller-Sutter
Cheffe du Département fédéral des finances
3003 Berne

Par courriel :
zentrale-psva@bazg.admin.ch

Réf. : 24_COU_6357

Lausanne, le 6 novembre 2024

Consultation fédérale (CE) – Révision de l'ordonnance sur l'indemnisation des autorités cantonales pour les charges liées à la perception de la redevance sur le trafic des poids lourds

Madame la Conseillère fédérale,

Le Conseil d'Etat vaudois vous remercie de l'associer à cette procédure de consultation et de lui permettre de faire part de ses observations dans le cadre de l'objet mentionné en titre.

A cet égard, il relève que les tâches liées à l'exécution de la RPLP par les autorités cantonales seront allégées suite à l'entrée en vigueur de la RPLP III ce qui justifie une réduction des indemnités versées aux cantons.

Dès lors, sur le principe, il ne s'oppose pas aux modifications proposées et à une indemnisation des autorités d'exécution qui soit plus en adéquation avec les tâches effectuées par celles-ci.

Néanmoins, il déplore une réduction des montants versés aux cantons sous forme d'indemnisation. Cela étant, il prend également acte que la part du produit net de la redevance qui est destinée aux cantons augmentera d'environ 1,6 millions de francs par an sur la base du projet présenté.

En vous souhaitant bonne réception de la présente, nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'expression de nos sentiments distingués.

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LA PRESIDENTE

LE CHANCELIER.



Christelle Luisier Brodard



Michel Staffoni

Copies

- OAE
- SAN



2024.03869

P.P. CH-1951
Sion

A-PRIORITY Poste CH SA

Madame
Karin Keller-Sutter
Conseillère fédérale
Cheffe du Département fédéral des
finances (DFF)
Bundesgasse 3
3003 Bern



Notre réf. FF/SCN/BA

Date

3 0 OCT. 2024

Révision totale de l'ordonnance du DFF sur l'indemnisation des autorités cantonales pour l'exécution de la redevance sur le trafic des poids lourds : ouverture de la procédure de consultation

Madame la Conseillère fédérale,

Le Conseil d'Etat du Canton du Valais a pris connaissance, avec intérêt, du projet de révision susmentionné et vous remercie de l'avoir consulté.

Le Conseil d'Etat du Canton du Valais soutient les modifications proposées.

En vous remerciant par avance de l'attention que vous porterez à notre prise de position, nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de notre considération distinguée.

Au nom du Conseil d'Etat

Le Président

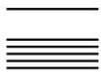
Franz Ruppen



La Chancelière

Monique Albrecht

Copie à zentrale-psva@bazg.admin.ch



Sicherheitsdirektion, Postfach, 6301 Zug

Nur per E-Mail

Eidgenössisches
Finanzdepartement EFD
Frau Bundesrätin Karin Keller-Suter
3003 Bern

T direkt +41 41 594 54 93
karin.bruderer@zg.ch
Zug, 9. Oktober 2024
SD SDS 7.11 / 419

**Vernehmlassung zur Totalrevision der Verordnung des EFD über die Entschädigung der kantonalen Behörden für ihren Aufwand im Zusammenhang mit der Erhebung der Schwerverkehrsabgabe
Stellungnahme des Kantons Zug**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 14. August 2024 haben Sie die Kantonsregierungen eingeladen, sich bis am 15. November 2024 zur Totalrevision der Verordnung des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD) über die Entschädigung der kantonalen Behörden für ihren Aufwand im Zusammenhang mit der Erhebung der Schwerverkehrsabgabe (SR 641.811.911) vernehmen zu lassen. Der Regierungsrat des Kantons Zug hat die Sicherheitsdirektion mit der direkten Erledigung der Vernehmlassung beauftragt.

Bereits vor zwei Jahren teilte das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) der Vereinigung der kantonalen Strassenverkehrsämter (asa) mit, dass die über 20 Jahre währende Entschädigung des Bundes an die kantonalen Behörden für die Erhebung der Schwerverkehrsabgabe nicht mehr aufwandgerecht sei und nach unten angepasst werden müsse. Aufgrund der Aufgabenverschiebung von den Kantonen zum Bund hin sind die vorgeschlagenen Anpassungen der Verordnung des EFD über die Entschädigung der kantonalen Behörden für den Vollzug der Schwerverkehrsabgabe sachgerecht und nachvollziehbar. Wir stellen daher **keine Änderungsanträge**.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse
Sicherheitsdirektion



Laura Dittli
Regierungsrätin

Versand per E-Mail an:

- Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (zentrale-psva@bazg.admin.ch) als PDF- und Word-Version)

Kopie per E-Mail an:

- Finanzdirektion (info.fd@zg.ch)
- Strassenverkehrsamt (info.stva@zg.ch)
- Staatskanzlei (info.staatskanzlei@zg.ch; Abschluss der GEVER-Aufgabe)



Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
3003 Bern

Elektronisch an:
zentrale-psva@bazg.admin.ch

Bern, 14. November 2024

Totalrevision der Verordnung des EFD über die Entschädigung der kantonalen Behörden für ihren Aufwand im Zusammenhang mit der Erhebung der Schwerverkehrsabgabe

Antwort der Schweizerischen Volkspartei (SVP)

Sehr geehrte Damen und Herren

Die vorliegende Verordnungsrevision stützt sich auf die am 17. März 2023 von den Eidgenössischen Räten einstimmig beschlossenen Anpassungen des Schwerverkehrsabgabengesetzes. Mit der Gesetzesrevision will die Schweiz ihr System zur Erhebung der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe modernisieren und an europäische Standards anpassen (sog. Projekt «LSVA III»). Für die Umrüstung der Fahrzeuge mit den neuen fahrzeugseitigen Erfassungssystemen hat der Bundesrat den Fahrzeughaltern eine Übergangsfrist bis Ende 2025 gewährt.

Die Strassenverkehrsämter der Kantone und des Fürstentums Liechtenstein wurden bisher mit je 130 Franken für die ersten 1 000 Fahrzeuge und mit je 65 Franken für die weiteren Fahrzeuge entschädigt, die sie immatrikuliert haben. Ab 2026 ist eine Entschädigung von 24 Franken für die ersten 2 000 Fahrzeuge und von 12 Franken für die weiteren Fahrzeuge vorgesehen. Mit LSVA III sind die Strassenverkehrsämter weiterhin zuständig für die Abgabenklassierung, die Erhebung der pauschalen Schwerverkehrsabgabe bei inländischen Fahrzeugen und für Kontrollschildentzugsverfahren aufgrund unbezahlter LSVA-Rechnungen. Beim Vollzug der LSVA werden sie in Zukunft hingegen entlastet und verschiedene Aufgaben fallen nach Ablauf der Umrüstungsfrist weg.

Die SVP hat bereits die der Verordnungsrevision zugrundeliegende Gesetzesänderung im Parlament unterstützt, weshalb wir der Verordnungsanpassung grundsätzlich zustimmen. Es ist nachvollziehbar, dass die Entschädigung der kantonalen Behörden voraussichtlich «um mindestens die Hälfte reduziert» und das künftige Erhebungssystem an die international etablierte Lösung angepasst wird.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI

Der Parteipräsident

Der Generalsekretär

Handwritten signature of Marcel Dettling in blue ink.

Marcel Dettling
Nationalrat

Handwritten signature of Henrique Schneider in blue ink.

Henrique Schneider

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Frau Bundesrätin Karin Keller-Sutter
3003 Bern

per Mail an:
zentrale-psva@bazg.admin.ch

Bern, 16.10.2024

Verordnung über die Entschädigung der Kantone im LSVA-Vollzug: Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Besten Dank für die Einladung zur oben erwähnten Vernehmlassung. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) nimmt dazu im Folgenden gerne Stellung.

Mit der Inkraftsetzung des revidierten Schwerverkehrsabgabegesetzes (SVAG) per 1. Mai 2024 werden die Kantone ab dem Jahr 2026 von verschiedenen Vollzugsaufgaben der LSVA-Erhebung entlastet. Mit der vorgeschlagenen Verordnungsänderung sollen folglich die von den Kantonen bis anhin vom Bund erhaltenen Vollzugsentschädigungen von 9 Millionen auf rund die Hälfte gekürzt werden. Der SGB unterstützt diese Änderung, schlägt jedoch im Sinne einer wirksamen Entflechtung und angesichts der sehr bescheidenen Gesamtsumme vor, die entsprechenden Pauschalentschädigungen an die Kantone komplett zu streichen.

In diesem Sinne hoffen wir auf die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und danken Ihnen im Voraus herzlich.

Freundliche Grüsse

SCHWEIZERISCHER GEWERKSCHAFTSBUND



Pierre-Yves Maillard
Präsident



Reto Wyss
Zentralsekretär



Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit BAZG
3003 Bern

zentrale-psva@bazg.admin.ch

Bern, 12. November 2024 sgv-ml/MH/ym

Vernehmlassungsantwort: Totalrevision der Verordnung des EFD über die Entschädigung der kantonalen Behörden für ihren Aufwand im Zusammenhang mit der Erhebung der Schwerverkehrsabgabe

Sehr geehrte Damen und Herren

Als grösste Dachorganisation der Schweizer Wirtschaft vertritt der Schweizerische Gewerbeverband **sgv** über 230 Verbände und über 600 000 **KMU**, was einem Anteil von 99.8 Prozent aller Unternehmen in unserem Land entspricht. Im Interesse der Schweizer **KMU** setzt sich der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft für optimale wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen sowie für ein unternehmensfreundliches Umfeld ein.

Die zur Erhebung der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (**LSVA**) eingesetzten Geräte und Infrastrukturen erreichen per Ende 2024 ihr technisches Lebensende, und werden daher erneuert. Künftig wird das Erhebungssystem auf die im europäischen Markt etablierten Lösungen abgestimmt und technologisch geöffnet. Die Strassenverkehrsämter sind weiterhin am Vollzug der **LSVA** beteiligt. Jedoch werden sie aufgrund der genannten Umrüstung künftig in dieser Tätigkeit entlastet, und verschiedene Aufgaben werden komplett wegfallen. Daher soll mit der Vorlage die Entschädigung der kantonalen Behörden angepasst werden.

Der Schweizerische Gewerbeverband **sgv unterstützt die Vorlage.**

Aufgrund der technischen Umrüstung der **LSVA**-Erhebungssysteme sinken künftig die Aufwände der kantonalen Strassenverkehrsämter was den Vollzug der **LSVA** betrifft. Daher ist es gerechtfertigt, auch die entsprechenden Entschädigungen nach unten zu korrigieren. Zudem wird damit die in der Botschaft der Änderung des Schwerverkehrsabgabengesetzes vom 31. August 2022 bereits angekündigte Senkung der Entschädigung der kantonalen Behörden um etwa die Hälfte in die Tat umgesetzt.

Wir danken für die Berücksichtigung unserer Bemerkungen.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Gewerbeverband **sgv**



Urs Furrer
Direktor



Michèle Lisibach
Ressortleiterin



Mikael Huber
Ressortleiter



Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren
Conférence des directrices et directeurs des départements cantonaux de justice et police
Conferenza delle direttrici e dei direttori dei dipartimenti cantonali di giustizia e polizia

Per Mail an:
zentrale-psva@bazg.admin.ch

Bern, 14.11.2024
02.02 jäg

Totalrevision der Verordnung des EFD über die Entschädigung der kantonalen Behörden für ihren Aufwand im Zusammenhang mit der Erhebung der Schwerverkehrsabgab

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) wurde eingeladen, zur oben erwähnten Vernehmlassung Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen dafür bestens.

Der Vorstand KKJPD hat in seiner Sitzung vom 20. September 2024 beschlossen, auf eine Stellungnahme im Namen der KKJPD zu verzichten und es den einzelnen Kantonen zu überlassen, sich zur Vorlage zu äussern.

Besten Dank für die Kenntnisnahme.

Mit freundlichen Grüssen

Generalsekretär